

Zeitschrift: Schweizer Soldat : Monatszeitschrift für Armee und Kader mit FHD-Zeitung

Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat

Band: 19 (1943-1944)

Heft: 42

Artikel: Gnade für Landesverräter?

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-712128>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DER SCHWEIZER SOLDAT

ZEITSCHRIFT ZUR FÖRDERUNG DER WEHRHAFTIGKEIT UND DES WEHRSPORTES

Herausgegeben von der Verlagsgenossenschaft „Schweizer Soldat“ Zürich I.
Chefredaktion: E. Möckli, Adj.-Uof., Postfach Zürich-Bahnhof 2821, Tel. 57030.
Administration, Druck und Expedition: Aschmann & Scheller AG., Zürich I.
Tel. 27164, Postcheck-Konto VIII 1545. Abonnementspreis: Fr. 10.— im Jahr.

XIX. Jahrgang Erscheint wöchentlich

16. Juni 1944

Wehrzeitung

Nr. 42

Gnade für Landesverräte?

Das zur diesjährigen ordentlichen Juni-Session zusammengetretene eidgenössische Parlament hatte sich am dritten Sessionstag in geheimer Beratung mit den Begnadigungsgesuchen zweier vom Militärgericht zum Tode verurteilter Landesverräte zu befassen. Aus der Tatsache, daß diese Geheimsitzung der Bundesversammlung länger als zwei Stunden dauerte, konnte geschlossen werden, daß über die Gesuche eingehender als in früheren Fällen diskutiert worden war. Es handelte sich in der Tat auch um ungewöhnliche Fälle: Beide Gesuchsteller waren 1920 geboren, ihre landesverräterischen Taten fielen in eine Zeit, als sie kaum der Jugendlichkeit entwachsen waren. Der eine, der Maler Alfred Hermann Quaderer, stammte aus dem Fürstentum Liechtenstein, während der Student Kurt Johann Roos, Bürger von Hasle (Luzern), in unserer Armee als Infanteriekanonier Dienst leistete. Gegenüber Roos war eine starke Minderheit bereit, Gnade für Recht ergehen zu lassen: für Ablehnung des Begnadigungsgesuches stimmten 120 Mitglieder der Bundesversammlung, für die Begnadigung traten 104 Parlamentarier ein, währenddem bei Quaderer die Ablehnung mit 211 Stimmen erfolgte gegenüber 15 Stimmen, die für Begnadigung eintraten.

Die offizielle Mitteilung aus dem Bundeshaus über die Begründung des ablehnenden Entscheides der Bundesversammlung lautete: «Quaderer und Roos gehörten einer zum Zwecke der Spionage zugunsten eines kriegsführenden Staates gegründeten Organisation an. Beide haben während etwa anderthalb Jahren in voller Einsicht in die Verwerflichkeit ihrer Handlungen Werke und Maßnahmen ausgedankt und selber an das Ausland verraten; sie verschafften sich die Kenntnis eines Teils dieser Angaben durch mehrmaliges Eindringen in eine militärische Kommandostelle. Durch ihre mit großer Umsicht und Gründlichkeit vorbereiteten und durchgeföhrten Verbrechen haben sie die Wirksamkeit wichtiger Anordnungen unserer Landesverteidigung in hohem Maße in Frage gestellt und das Leben vieler schweizerischer Wehrmänner aufs Spiel gesetzt. So mußte, trotz dem jugendlichen Alter der Angeklagten, die volle Strenge des Gesetzes Platz greifen.»

Zum erstenmal, seit die Bundesversammlung in die Lage versetzt worden ist, militägerichtlich ausgesprochenen Todesurteilen endgültige Rechtskraft zu verleihen, ist der Vollzug der Todesstrafe mit nur geringer Stimmenmehrheit beschlossen worden. In allen vorangegangenen Fällen beschränkte sich die Zahl der für Begnadigung eintretenden Stimmen auf ein rundes Dutzend, die wohl von prinzipiellen Gegnern der Todesstrafe stammten. Inmitten des großen Weltbrandes ist die Schweiz ein Rechtsstaat geblieben. Sie ist stolz darauf, daß innerhalb ihrer Landesgrenzen kein gerichtliches Urteil ausgesprochen wird ohne genau festgelegte gesetzliche Grundlage, ohne gründliche Untersuchung des Tatbestandes und ohne Durchführung einer rechtlich einwandfreien Gerichtsverhandlung, die den Angeklagten berechtigt, sich des Beistandes eines Verteidigers zu bedienen. Unsere Militärgerichte urteilen auf Grund des Militärgesetzes scharf, aber gerecht. Es kann auch einem Militärgericht, wie jedem andern aus Menschen zusammen-

gesetzten Gremium, einmal ein Fehler unterlaufen. Ob in diesem Falle Korrektur nötig ist, darüber entscheidet das Militärkassationsgericht. Im Falle der Todesstrafe liegt es in der Hand der Bundesversammlung, Begnadigung zu lebenslänglichem Zuchthaus auszusprechen.

Auch in den beiden vorliegenden Fällen waren die Urteile des Militärgerichtes gerecht. Es handelte sich um die Ausübung organisierten Landesverrates, der während langer Zeit betrieben worden war. Beide Verbrecher waren sich völlig klar über die Tragweite ihrer Handlungsweise. Sie gingen systematisch darauf aus, dem Auslande Kenntnis über Werke und Maßnahmen unserer Landesverteidigung zu verschaffen. Sie scheuten sich nicht, zur Erreichung ihrer verbrecherischen Absichten, mehrmals in militärische Kommandostellen einzudringen. Sie haben sich nicht völlig unbewußt in eine ausländische Spionageorganisation eingespannen lassen, sondern haben ihr verbrecherisches Handwerk mit Umsicht und Gründlichkeit vorbereitet und durchgeführt. Sie haben die schwerste Schuld auf sich geladen, die einem Soldaten zur Last gelegt werden kann. Sie haben das Leben vieler schweizerischer Wehrmänner, derjenigen also, mit denen Roos als Kamerad auf Gedenk- und Verderb hätte verbunden sein sollen, aufs Spiel gesetzt und haben die Wirksamkeit wichtiger Anordnungen unserer Landesverteidigung in Frage gestellt.

Wir sind der Ansicht, daß im Falle des Landesverrates das Alter des Verbrechers keine ausschlaggebende Rolle spielen darf in der Beurteilung. Dem jungen Roos gegenüber vor allem wäre Gnade nicht angebracht gewesen. Er hatte seinerzeit, wie vorher schon Hunderttausende seiner Kameraden, die Finger zum Treueschwur auf die Eidgenossenschaft erhoben. Er hatte mit allen anderen geschworen, «für die Verteidigung des Vaterlandes und seiner Verfassung Leib und Leben aufzuopfern und die Fahne niemals zu verlassen». Als Student war er intelligent genug, um Inhalt und Tragweite des militärischen Treueschwurs zu erfassen. Wer als ausgebildeter Soldat sein Vaterland verrät, macht sich auch als Zwanzigjähriger nicht weniger schuldig als irgendein anderer Landesverrater. Auch für ihn ist Milde ebensowenig angebracht wie für alle, die in voller Einsicht in die Verruchtheit ihrer Tat bereit sind, zum Untergang des eigenen Landes Hand zu bieten. **Für Landesverräte darf es keinen Pardon geben, wenn unsere Landesverteidigung ihres Sinnes nicht enthoben und der Durchhaltewillen des Volkes nicht schwer beeinträchtigt werden sollen.**

Noch nie hat ein schweizerisches Militärgericht ein Todesurteil ausgesprochen, das nicht einwandfrei berechtigt war. Nur in den zwingendsten Fällen von Landesverrat ist von dieser schwersten Strafsanktion Gebrauch gemacht worden. An dieser Praxis wird in der schweizerischen Militärjustiz auch in aller Zukunft nichts geändert. **Darum würden wir es außerordentlich bedauern, wenn jemals gegenüber zum Tode verurteilten Landesverrätern eine Begnadigung ausgesprochen würde.** Das müßte der erste Schritt zu einer unsicheren Rechtspraxis sein, die folgenschwer werden könnte. M,